Burgdorf, 10.10.2013

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **12.09.2013** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/014

Beginn öffentlicher Teil:	19:00 Uhr	Ende öffentlicher Teil:	23:07 Uhr
Beginn vertraulicher Teil:	23:09 Uhr	Ende vertraulicher Teil:	23:23 Uhr

---

Anwesend:

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert	entschuldigt
Birgin, Gurbet	
Braun, Hartmut	
Brönnemann, Alfred	
Bublitz, Werner	entschuldigt
Dralle, Karl-Heinz	
Ehrhardt, Hans-Joachim	
Fleischmann, Michael	
Gersemann, Christiane	
Heldt, Gabriele	
Hinz, Gerald	
Hunze, Carl	
Knauer, Detlef	
Köneke, Klaus	
Kuyucu, Ahmet	
Leykum, Maria	
Meinig, Birgit	
Meißner, Claudia	
Morich, Hans-Dieter	
Obst, Wolfgang	
Peters, Kai	
Pilgrim, Adolf-W.	
Plaß, Barthold	
Rheinhardt, Michael	
Ruser, Horst	
Schrader, Karl-Ludwig	
Schulz, Kurt-Ulrich	

von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Franke, Marius
Herbst, Rainer
Kugel, Michael
Lehmann, Robert
Pape, Petra
Philipps, Lutz
Vierke, Silke
Voutta, Jens

T A G E S O R D N U N G

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 13.06.2013

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

4.1. Kartelle bei Feuerwehrautos: Pauschale Entschädigung für Kommunen;
- Anfrage von Herrn Wolfgang Obst im Rat der Stadt Burgdorf vom 29.07.2013 -
Vorlage: 2013 0432

4.2. Anfrage der WGS-Fraktion gemäß Geschäftsordnung des Rates zum Thema:
"Sicherheit für Radfahrer im Kreisel Schwarzer Herzog" vom 30.08.2013
Vorlage: 2013 0439

5. Aktuelle Aussprache: Droht Radfahrern Gefahr im Kreisel Schwarzer Herzog
Antrag der WGS-Fraktion vom 30.08.20113
Vorlage: 2013 0442

6. Bestellung eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten
Vorlage: 2013 0383

6.1. Bestellung eines/einer ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten
Vorlage: 2013 0383/1

6.2. Bestellung eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten
Vorlage: 2013 0383/2

7. Umbildung des Ausschusses für Soziales und Integration:
Bezugsvorlage: 2013 0383
Vorlage: 2013 0385

8. Neubesetzung Feuerwehrausschuss und Gesellschafterversammlung WBB
Vorlage: 2013 0427

9. Bildung Ratsausschüsse; hier Austausch von Ausschussmitgliedern
Vorlage: 2013 0430

10. Ersatz eines beratenden Mitgliedes im Bauausschuss
Vorlage: 2013 0421

11. Verteilung der Ausschussvorsitze und Benennung der Vorsitzenden
Vorlage: 2013 0403

12. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2012
Vorlage: 2013 0428

13. 53. Änderung des Flächennutzungsplans "Golfplatzerweiterung" - Feststellungsbeschluss Bezugsvorlage: 2013 0351 - Entwurf
Vorlage: 2013 0402

14. Bebauungsplan Nr. 2-17 "Golfplatzerweiterung Ehlershausen" - Satzungsbeschluss Bezugsvorlage: 2013 0352 - Entwurf
Vorlage: 2013 0408

15. Grundsatzentscheidung zur Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule
Vorlage: 2013 0420

15.1. Grundsatzentscheidung zur Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Bezugsvorlage 2013 0420
Vorlage: 2013 0420/1

16. Kontaktaufnahme mit der Straßenbauverwaltung des Bundes und des Landes Niedersachsen;
hier: Umfahrung der Burgdorfer Innenstadt im südöstlichen Bereich der Stadt Burgdorf sowie Änderung des Umleitungsverkehrs von der A2
- Antrag von Herrn Wolfgang Obst vom 29.07.2013 -
Vorlage: 2013 0407

17. Wiedereinbau der Bronzewegweiser
- Antrag des FDP-Ratsmitgliedes Karl-Ludwig Schrader vom 14.07.2013 -
Vorlage: 2013 0413

17.1. Wiedereinbau der Bronzewegweiser
- Antrag der Fraktionen SPD und B´90/Die Grünen vom 11.09.2013 -
Bezugsvorlage: 2013 0413
Vorlage: 2013 0413/1

18. Bezahlbare altersgerechte Wohnungen mit Mietpreisbindung "Nördlich Zilleweg"
Vorlage: 2013 0405

19. Mit Boden- und Grundwasserkontrollen ausufernden Maisanbau eindämmen;
- Antrag von Herrn Fleischmann (Die Linke) vom 28.08.2013 -
Vorlage: 2013 0431

20. Resolution zur Befragung der Grundstückseigentümer durch aha
- Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 02.09.2013 -
Vorlage: 2013 0440

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil")

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 19.00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erklärte, dass Herr Bublitz und Herr Apel entschuldigt seien.

Herr Weinel informierte, dass Herr Obst aus der CDU-Fraktion ausgetreten sei. Die Fraktions- bzw. Gruppenstärken betragen somit

SPD-Fraktion	13
CDU-Fraktion	10
Fraktion Die Grünen/Bündnis 90	4
WGS-Fraktion	2
Gruppe SPD – Die Grünen/Bündnis 90	17

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 13.06.2013

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 13. Juni 2013 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Weinel gratulierte den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten: Herr Brönnemann, Herr Fleischmann, Herr Hunze, Frau Leykum, Herr Rheinhardt, Herr Weinel und Herr Zschoch.

Frau Pape trug die als Anlage 2 dem Protokoll beigefügte Stellungnahme zum Gleichstellungsplan vor.

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

4.1. Kartelle bei Feuerwehrautos: Pauschale Entschädigung für Kommunen; - Anfrage von Herrn Wolfgang Obst im Rat der Stadt Burgdorf vom 29.07.2013 - Vorlage: 2013 0432

Herr Obst verlas seine Anfrage.

Herr Philipps verlas das Antwortschreiben der Stadt Burgdorf.

Herr Obst fragte, warum nicht im Verwaltungsausschuss und im Feuerwehrausschuss über den Sachverhalt berichtet wurde.

Herr Philipps antwortete, dass es sich um ein sehr umfangreiches Verfahren handele und der für die Stadt Burgdorf relevante Entschädigungsbetrag eher gering sei.

Herr Baxmann ergänzte, dass in den Ausschusssitzungen neben der Tagesordnung hierüber gesprochen wurde.

4.2. Anfrage der WGS-Fraktion gemäß Geschäftsordnung des Rates zum Thema: "Sicherheit für Radfahrer im Kreisel Schwarzer Herzog" vom 30.08.2013 Vorlage: 2013 0439

Herr Schulz verlas die Anfrage der WGS-Fraktion.

Herr Herbst verlas das Antwortschreiben der Stadt Burgdorf.

Herr Schulz erklärte, dass sich die WGS-Fraktion eine zusätzliche Alternative für die Radwegeführung wünsche. Er schlug vor, die Braunschweiger- und Poststraße als Fahrradstraße auszuweisen. **Herr Herbst** antwortete, dass er keine direkten Vorteile erkennen könne. In Fahrradstraßen sei den Radfahrern das „Nebeneinanderfahren" erlaubt. Der Vorschlag könne aber mit der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde diskutiert werden.

Herr Schulz erklärte, dass seit 1997 drei verschiedene Arten von Kreisverkehrsplätzen entsprechend den verkehrsrechtlichen Vorschriften gebaut worden seien. Es stellt sich die Frage, warum nicht erst Erfahrungen mit diesem Kreisverkehrsplatz gesammelt würden, bevor die anderen Kreisverkehrsplätze ebenfalls umgestaltet werden. **Herr Herbst** verwies darauf, dass von der Verwaltung in Kürze eine Vorlage zu dieser Frage erstellt werde.

5. Aktuelle Aussprache: Droht Radfahrern Gefahr im Kreisel Schwarzer

Herzog
Antrag der WGS-Fraktion vom 30.08.20113
Vorlage: 2013 0442

Herr Schulz bezog sich auf die vorherige Anfrage der WGS-Fraktion und trug die Bedenken seiner Fraktion vor.

Frau Leykum informierte darüber, dass es bereits seit 3 Jahren einen runden Tisch zum Thema Radverkehr gebe und erklärte, dass sie keinen Bedarf für die aktuelle Aussprache sehe. Für Schulkinder müsse die Verkehrsführung sicher gestaltet sein, rechtlich müssten Radfahrer im KVP auf der Fahrbahn fahren. Sie sehe eher ein Problem am Kleinen Brückendamm, wenn die Radfahrer mit einem Schutzstreifen auf die Straße geführt würden, insbesondere im Hinblick auf den LKW-Verkehr.

Herr Fleischmann begrüßte den Antrag der WGS-Fraktion und erklärte, dass es für Radfahrer in der Regel sicherer sei, auf der Straße zu fahren, da sie besser gesehen würden. Ein Abweichen hiervon sei nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig. Er bemängelte ausreichende Diskussionen im Fachausschuss und erklärte, dass er einen separaten Radweg um den KVP als richtige Lösung sehe.

Herr Rheinhardt äußerte sein Verständnis für die Bedenken gegen die vorgesehene Verkehrsführung von Radfahrern im KVP. Er stellte aber fest, dass die Leitlinien des Radverkehrskonzepts eingehalten würden. Ferner sei wissenschaftlich belegt, dass die gleichberechtigte Verkehrsteilnahme von Radfahrern auf der Fahrbahn durch die dortige Sichtbarkeit und Präsenz weniger Gefahren in sich berge.

Herr Köneke wies auf die Schutzbedürftigkeit von Schulkindern hin. Er forderte einheitliche und eindeutige Regeln bei der Verkehrsführung.

Frau Heldt äußerte ihre Bedenken, wenn gleichzeitig der LKW-Verkehr und Schulkinder die Fahrbahn nutzen. Die Beratungen im Fachausschuss seien ihrer Ansicht nach gut und ausführlich gewesen. Dennoch bat sie die Ratsmitglieder, die Entscheidung (Ausbauplanung) zu überdenken. Weiter unterstützte **Frau Heldt** den Vorschlag, die Braunschweiger – und die Poststraße als Fahrradstraße auszuweisen.

6. Bestellung eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten
Vorlage: 2013 0383

Siehe Tagesordnungspunkt 6.2

6.1. Bestellung eines/einer ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten
Vorlage: 2013 0383/1

Siehe Tagesordnungspunkt 6.2

6.2. Bestellung eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten

Vorlage: 2013 0383/2

Herr Pilgrim erklärte, dass eine interfraktionelle Entscheidung gewünscht worden sei und kritisierte das Vorgehen der CDU-Fraktion in dieser Angelegenheit. Er sprach sich gegen die Einrichtung eines gleichberechtigten Vertreters aus, da dieses nicht zweckmäßig sei.

Herr Zschoch führte aus, dass es nicht um die vorgeschlagene Person gehe, sondern das Verfahren zur Findung eines / einer Integrationsbeauftragten von seiner Fraktion gerügt werde. Er erinnerte an den Antrag, einen Betrag von 3.000,00 € für die ehrenamtliche Integrationsarbeit im Haushalt 2013 einzustellen, welcher mehrheitlich abgelehnt worden sei. Mit Roy Gündel und Gurbet Birgin gebe es zwei sehr gut qualifizierte Persönlichkeiten. Er hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Herr Obst äußerte, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde und bemängelte dabei das Verfahren. Er sprach sich ebenfalls gegen eine gleichberechtigte Doppelspitze aus.

Frau Weilert-Penk erinnerte an die bisher in Burgdorf geleistete Integrationsarbeit, die von Frau Mrowka aufgebaut und jahrelang von ihr begleitet worden sei. Sie warb für eine einstimmige Wahl von Herrn Gündel. Durch einen gemeinsamen Beschluss würden das Amt und die Arbeit gestärkt.

Herr Peters kritisierte, dass durch diese Diskussion noch vor Beginn der Integrationsarbeit bereits die Namen negativ dargestellt würden.

Herr Braun beantragte die Beratungen zu beenden und die Vorlage zur Abstimmung zu stellen.

Herr Zschoch beantragte, dass getrennt über die Punkte a) und b) der Vorlage abgestimmt werde.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die vom Präventionsrat zusammen mit dem Arbeitskreis Integration erstellten Zielvorstellungen sowie das Aufgabenprofil für die Funktion eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten in der Stadt Burgdorf sollen die vorläufige Grundlage für die Arbeit des Integrationsbeauftragten bilden.

Deshalb machen sich Verwaltungsausschuss und Rat diese Ausführungen zu eigen, bis nach einem Erfahrungszeitraum von etwa einem Jahr eventuell eigene Aufgabenbeschreibungen und Zielvorstellungen durch die Politik erarbeitet werden.

Mit **21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 9 Enthaltungen** fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Herr Roy Gündel wird zum Integrationsbeauftragten bestellt.

Frau Gurbet Birgin wird zur Stellvertreterin des Integrationsbeauftragten bestellt.

7. Umbildung des Ausschusses für Soziales und Integration:
Bezugsvorlage: 2013 0383
Vorlage: 2013 0385

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Als Ersatz für Frau Dörte Lange wird Herr Roy Gündel als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Integration berufen. Als Stellvertreter für Herrn Roy Gündel wird Herr Matthias Paul berufen.

8. Neubesetzung Feuerwehrausschuss und Gesellschafterversammlung WBB
Vorlage: 2013 0427

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Entsprechend den Benennungen durch die Fraktionen / Gruppe stellte der Rat die Zusammensetzung des Feuerwehrausschusses und der Gesellschafterversammlung WBB, wie in der Anlage 3 zum Protokoll aufgeführt, fest.

9. Bildung Ratsausschüsse; hier Austausch von Ausschussmitgliedern
Vorlage: 2013 0430

Herr Obst erklärte, dass er sein Grundmandat in dem Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport wahrnehmen werde.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Entsprechend den Benennungen durch die Fraktionen / Gruppe stellte der Rat die Zusammensetzung der Ausschüsse des Rates, wie in der Anlage 4 zum Protokoll aufgeführt, fest.

10. Ersatz eines beratenden Mitgliedes im Bauausschuss
Vorlage: 2013 0421

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Herr Björn Sund wird als beratendes Mitglied in den Bauausschuss berufen.

11. Verteilung der Ausschussvorsitze und Benennung der Vorsitzenden Vorlage: 2013 0403

Einstimmiger Beschluss:

Entsprechend den Zugriffen der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion wurden die Ausschussvorsitze wie folgt festgestellt:

Zugriff	Ausschuss	Vorsitzende/ Vorsitzender	Zugriff dur
1	Jugendhilfeausschuss	Christiane Gersemann	SPD/Bündn 90/Die Grü
2	Bauausschuss	Carl Hunze	CDU-Frakti
3	Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport	Hartmut Braun	SPD/Bündn 90/Die Grü
4	Feuerwehrausschuss	Gerald Hinz	SPD/Bündn 90/Die Grü
5	Ausschuss für Umwelt und Verkehr	Kai Peters	CDU-Frakti
6	Ausschuss für Soziales und Integration	Hans-Dieter Morich	SPD/Bündn 90/Die Grü
7	Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	Olaf Weinel	SPD/Bünd 90/Die Grü

12. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2012 Vorlage: 2013 0428

Herr Baxmann, **Herr Pilgrim** und **Herr Plaß** waren während der Beratung und Abstimmung nicht anwesend.

Herr Fleischmann erklärte, dass er gegen die Vorlage stimmen werde. Er bemängelte, dass die Filiale der Stadtsparkasse in der Ortschaft Ramlingen-Ehlershausen in eine SB-Filiale umgewandelt wurde. Ferner kritisierte er, dass der Gewinn der Stadtsparkasse gegenüber den Vorjahren geringer ausgefallen sei.

Herr Zschoch betonte, dass die Stadtsparkasse ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Burgdorf sei. Ferner setze sie wichtige Impulse für die Kultur- und Sportförderung in Burgdorf. Mit einem Eigenkapital von 18 %, wobei mindestens 8 % gefordert seien, befinde sich die Sparkasse in einer guten Situation. Er sprach den Dank an die Mitarbeiter/innen und den Vorstand aus.

Herr Hinz erläuterte, dass der Kredit- und Kapitalmarkt aufgrund geringer Zinsen sehr enge Margen vorweise und dennoch ein erheblicher Ertrag er-

wirtschaftet wurde. Die Sparkasse vor Ort leiste eine gute Arbeit.

Mit **27 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme** fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2012 durch die Prüfungsstelle des Nds. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.

13. 53. Änderung des Flächennutzungsplans "Golfplatzerweiterung" - Feststellungsbeschluss Bezugsvorlage: 2013 0351 - Entwurf Vorlage: 2013 0402

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen

- **der in der Zeit vom 04.12.2012 bis 18.12.2012 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,**
- **der mit Schreiben vom 30.11.2012 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,**
- **der in der Zeit vom 28.05.2013 bis 28.06.2013 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und**
- **der mit Schreiben vom 13.05.2013 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.**

und beschließt die in Kapitel 8. der Begründung 'Beteiligungsverfahren' beschriebenen Abwägungsvorgänge.

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung die 53. Flächennutzungsplanänderung in der Fassung des Planteils vom Juli 2013.

Der Rat beschließt, der Flächennutzungsplanänderung die Begründung in der Fassung vom Juli 2013 beizufügen.

14. Bebauungsplan Nr. 2-17 "Golfplatzerweiterung Ehlershausen" - Satzungsbeschluss Bezugsvorlage: 2013 0352 - Entwurf Vorlage: 2013 0408

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren,

- **der in der Zeit vom 04.12.2012 bis 18.12.2012 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,**
- **der mit Schreiben vom 30.11.2012 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,**
- **der in der Zeit vom 28.05.2013 bis 28.06.2013 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,**
- **der mit Schreiben vom 13.05.2013 durchgeführten Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB,**

und beschließt die in der Begründung in Kapitel 10 beschriebenen Abwägungsvorgänge.

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung den Bebauungsplan Nr. 2-17 „Golfplatzerweiterung Ehlershausen" in der Fassung vom Juli 2013 als Satzung.

Der Rat beschließt dem Bebauungsplan die Begründung in der Fassung vom Juli 2013 beizufügen.

15. Grundsatzentscheidung zur Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule Vorlage: 2013 0420

Siehe Tagesordnungspunkt 15.1

15.1. Grundsatzentscheidung zur Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Bezugsvorlage 2013 0420 Vorlage: 2013 0420/1

Herr Köneke war während der Abstimmung nicht anwesend.

Frau Gersemann erinnerte an die Besichtigung der Gudrun-Pausewang-Grundschule und an deren baulichen Zustand. Sie erklärte, dass zügig gehandelt werden müsse. Viele offene Fragen könnten erst im laufenden Prozess beantwortet werden. Eine gute Schulhofgestaltung sei sehr wichtig, auch die Mensa-Frage müsse gelöst werden. Sie erläuterte, dass die pädagogische Konzeption den Bau bestimme und nicht andersherum. Im Vordergrund müsse das erfolgreiche Lehren und Lernen stehen.

Herr Fleischmann fürchtete um den Fortbestand der Gudrun-Pausewang-Grundschule. Er sprach sich gegen die Vorlage aus.

Herr Obst erinnerte an die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport und teilte mit, dass Bedenken und Ängste hinsichtlich einer Schließung bereits geäußert worden seien. Die Räumlichkeiten im C-Trakt würden jedoch ausreichen. Die Gespräche zwischen Eltern, Verwaltung und Politik seien von Vertrauen geprägt gewesen. **Herr Obst** begrüßte die vor-

gesehene Einrichtung eines prozessbegleitenden Arbeitskreises.

Herr Zschoch betonte, dass heute ein Grundsatzbeschluss gefasst werden solle. Neben einem finanziellen Vorteil stelle die Zusammenlegung eine Chance für beide Schulen dar. Der bauliche Zustand des Gymnasiums würde hierdurch schneller verbessert werden. **Herr Zschoch** sprach sich dafür aus, den Arbeitskreis zeitnah einzurichten.

Herr Braun sprach sich ebenfalls für einen begleitenden Arbeitskreis aus.

Frau Weilert-Penk erklärte auch im Namen von **Frau Leykum**, dass sich beide bereits vor Monaten bekannt hätten, wie schwer es ihnen falle, die Gudrun-Pausewang-Grundschule abzureißen. Sie erläuterte die Beweggründe, warum sie dennoch letztlich der Vorlage zustimmten.

Mit **29 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme** fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Gudrun-Pausewang-Grundschule wird als weiterhin eigenständig zu führende Schule in den Trakt C des Gymnasiums verlegt. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendigen Schritte einzuleiten. Dazu gehört zunächst die Beauftragung von Architekten- und Fachingenieurleistungen für das anstehende Vergabeverfahren.

Dieser Beschluss ergeht aufgrund folgender Prämissen:

- **Es wird angestrebt, den Umzug der Gudrun-Pausewang-Grundschule zum Schuljahresbeginn 2015/2016 umzusetzen.**
- **Die Gudrun-Pausewang-Grundschule wird grundsätzlich dreizügig geführt.**
- **Es wird ein prozessbegleitender Arbeitskreis mit Vertretern beider Schulen, der Schülervertretung des Gymnasiums, der Eltern, der Politik sowie der Verwaltung eingerichtet, welcher die fortschreitenden Planungen und die Umsetzung begleitet.**
- **Zentrale Fragestellungen, wie z.B. zur Schulhofgestaltung und Pausenorganisation, Sicherstellung ausreichender Parkmöglichkeiten für Lehrer und Schüler, Gewährleistung der Versorgung (Mensa) werden unter Berücksichtigung und Einbindung der Interessen von Schulen und Schülern gelöst. Es soll geprüft werden, ob ein zusätzlicher Bewegungsraum für die GPGS eingerichtet werden kann.**

16. Kontaktaufnahme mit der Straßenbauverwaltung des Bundes und des Landes Niedersachsen; hier: Umfahrung der Burgdorfer Innenstadt im südöstlichen Bereich der Stadt Burgdorf sowie Änderung des Umleitungsverkehrs von der A2 - Antrag von Herrn Wolfgang Obst vom 29.07.2013 - Vorlage: 2013 0407

Herr Kuyucu war während der Abstimmung nicht anwesend.

Herr Obst erläuterte seinen Antrag und beantragte die Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Obst wird in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überwiesen.

17. Wiedereinbau der Bronzewegweiser - Antrag des FDP-Ratsmitgliedes Karl-Ludwig Schrader vom 14.07.2013 - Vorlage: 2013 0413

Siehe Tagesordnungspunkt 17.1

17.1. Wiedereinbau der Bronzewegweiser - Antrag der Fraktionen SPD und B´90/Die Grünen vom 11.09.2013 - Bezugsvorlage: 2013 0413 Vorlage: 2013 0413/1

Frau Leykum war während der Abstimmung nicht anwesend.

Herr Schrader erläuterte seinen Antrag und beantragte die Überweisung in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport.

Herr Hinz verlas und begründete den Änderungsantrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Zschoch äußerte Bedenken hinsichtlich der Begründung des Änderungsantrages.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Schrader nebst Änderungsantrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen wird in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport überwiesen.

Antrag zur Geschäftsordnung

Herr Knauer beantragte aufgrund der fortgeschrittenen Zeit die Absetzung der Tageordnungspunkte 18 und 19 von der Tagesordnung. Die hierfür gemäß der Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Ratsmitglieder wurde mit 13 Jastimmen nicht erreicht.

18. Bezahlbare altersgerechte Wohnungen mit Mietpreisbindung "Nördlich Zilleweg"

Vorlage: 2013 0405

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag.

Herr Knauer war während der Abstimmung nicht anwesend.

Mit **1 Ja-Stimme und 29 Nein-Stimmen** fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Fleischmann wird abgelehnt.

19. Mit Boden- und Grundwasserkontrollen ausufernden Maisanbau eindämmen;
- Antrag von Herrn Fleischmann (Die Linke) vom 28.08.2013 -
Vorlage: 2013 0431

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag und beantragte die Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

Herr Plaß erklärte, dass der Maisanbau zurückgegangen sei und bei weniger als 5 % der Ackerflächen läge. Er beantragte, den Antrag abzulehnen.

Herr Weinel ließ über den Antrag von Herrn Plaß auf Ablehnung des Antrages von Herrn Fleischmann abstimmen.

Mit **29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung** fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Fleischmann wird abgelehnt.

20. Resolution zur Befragung der Grundstückseigentümer durch aha
- Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 02.09.2013 -
Vorlage: 2013 0440

Herr Zschoch erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Fleischmann erklärte, dass er zustimmen werde, sofern in die Resolution mit aufgenommen werde, dass die Mindestabnahmemenge an Restmüll reduziert werde und die voreingetragene Mindestabnahmemenge im Antrag herausgenommen werde.

Herr Obst wies darauf hin, dass die Resolution in dieser Form zu spät komme und damit bereits überholt sei.

Herr Schulz führte aus, dass die WGS-Fraktion der unveränderten Resolution zustimmen würde.

Herr Zschoch sprach sich dafür aus, die Resolution um die von Herrn Fleischmann vorgeschlagenen Ergänzungen zu erweitern.

Mit **10 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung** fasste der Rat

folgenden

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

Einwohnerfragestunde

(Nach Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil")

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 5 beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender Protokollführer